

Matthias Woisin

20.6.2024

Präsentation JöFin 1-2024 am 20.6.2024 im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin

Zur Lage der Länderhaushalte und dem Länderfinanzbericht

Lieber Herr Professor Kühl,

liebe Freunde des Jahrbuchs, Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

mit der aktuellen Ausgabe des Jahrbuchs präsentieren wir auch unseren Bericht zu den Haushalten von Ländern und Gemeinden des Vorjahres - in bewährter Übung mit einem Team von mittlerweile zweiundzwanzig Autorinnen und Autoren, angeführt von Christian Thater aus der Haushaltsabteilung Thüringens.

Die Länderhaushalte gerieten 2023 unter deutlich höheren Druck und mussten vielfach Kurskorrekturen vornehmen, die man auch als Einleitung von Kurswechseln verstehen könnte. War das Jahr 2022 noch von einem Überschuss der Länderebene von 10,5 Mrd. € geprägt, so folgte 2023 mit – 2,1 Mrd. € der Kernhaushalte der Rücksturz knapp unter die Nulllinie. Härter traf es die Gemeindeebene mit einem Defizit im Finanzierungssaldo von rd. 6,8 Mrd. €. Das letzte Mal, als die Gemeindeebene rote Zahlen schrieb, liegt mehr als zehn Jahre zurück. Aus Sicht der Länder, die mit Schlimmerem gerechnet hatten, ist das Jahr 2023 glimpflich gelaufen, nicht gut, aber für ein Krisenjahr noch akzeptabel. Der Abstand zum Defizit des Bundes, der vom BMF wortreich als Schiefelage beklagt wird, hat sich gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß nahezu halbiert und wird sich noch weiter verringern. Der Bund verdient an dieser Stelle kein Mitleid. Wer sich in die Verfassung schreibt, dass sich nur der Bund regelmäßig des Staatskredits bedienen darf, den Ländern den Zugang aber versperrt, der muss sich nicht wundern, wenn sich hier ein dauerndes Ungleichgewicht einstellt.

Die Länderberichte führen uns im Einzelnen die bunte Landschaft vor. Denn wenn die Länder insgesamt an der Nulllinie fahren, dann bedeutet das: die eine Hälfte macht Plus und die andere Hälfte Minus: Zwölf Länder gingen mit Defiziten von zusammen 8,1 Mrd. € aus dem Jahr, während vier Länder Überschüsse von zusammen rd. 6 Mrd. € erzielten. Davon allein Niedersachsen mit einem Plus von 3,7 Mrd. € - der Abschiedsgruß von Martina Wethkamp als Haushaltsdirektorin.

Den Ländern ist es 2023 gelungen, ihre Kreditmarktverschuldung in den Kernhaushalten 2023 nochmals um fast 15 Mrd. € zu senken, unter Einbeziehung der Extrahaushalte immerhin noch um 11,8 Mrd. €. Die Schuldenstandsquote der Länder ist 2023 gemessen am Zeitraum seit 2010 auf einem Tiefstand. Wenn diese Entwicklung noch zwei weitere Jahre anhält, dann liegen die Länderschulden wieder unter dem Niveau vor der Pandemie. Unter Berücksichtigung der Extrahaushalte ist die Verschuldung 2023 nur in Hessen, Brandenburg, Sachsen und Berlin angestiegen. Es lohnt sich, in den Länderberichten dies im Einzelnen nachzulesen, denn die Ursachen und Ausgangslagen sind stets eigene Geschichten. Insgesamt bleibt als Gesamteindruck, dass die Länder bei aller Verschiedenheit verlässlich und stabil wirtschaften, auch wenn sie zwischen Normalität und Notlagenfinanzpolitik bisweilen auf eigenen Wegen mäandern müssen.

Dass die Rechtsprechung der Notlagenfinanzpolitik engere Grenzen ziehen würde, war schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 durch die Rechtsprechung in den Ländern absehbar. Man kann heute sagen, dass in den Ländern der Schwung und die Zuversicht, Großes bewegen zu können in Sachen Investitionsstau und Klimatransformation, sehr gelitten hat. Tom Krebs und Henrik Scheller werden dazu gleich noch näheres ausführen.

Vor allem aus der Gemeindeebene, die sich wieder in den roten Zahlen sieht, kommen Signale der Überforderung. Dabei sind es die Gemeinden, die die Hauptlast der Infrastrukturinvestitionen tragen und organisieren müssen. Die Klimapolitik verliert zwar augenscheinlich politisch den Rückhalt im Publikum, aber die Hochwasserkatastrophen treten eben trotzdem ein.

Die Länderhaushalte vollziehen hier keine Kehrtwende, sondern suchen nach Wegen des Machbaren. Das kleine Saarland etwa hatte sich ein Sondervermögen von 3 Mrd. € eingerichtet, das in einem Zeitraum von zehn Jahren die Klimainvestitionen, die Neuorientierung der Industrie und Innovationen in Ruhe und Sorgfalt begleiten und ermöglichen sollte. Dort war jetzt der Ausweg die Verlängerung des Notstandes auf 2024 mit der Absicht, alles im laufenden Jahr unter Dach und Fach zu bringen. Ohne den Beitrag des Bundes wird es jedoch weder im Saarland noch anderswo gehen. Wir werden berichten.

In den einleitenden Abschnitten zum Länderfinanzbericht ziehen wir wie üblich den allgemeinen finanzwirtschaftlichen Rahmen für das vergangene Jahr und beleuchten Einzelaspekte sehr nahe am institutionellen Geschehen. Hervorheben möchte ich den wieder einmal brillanten Bericht von Maike Kilian zum Jahr

im Bundesrat, den lebensnahen Bericht zum Stabilitätsrat von Christian Pfeil und die Abschnitte zur weiteren Entwicklung der Schuldenbremse und der sogenannten Konjunkturbereinigung von Anja Ranscht-Ostwald und Daniel Buscher. Da sich die Zinslast in den Haushalten wieder bemerkbar zu machen droht, haben Alexander Flachs und Robert Aue einen Blick auf die EZB-Politik und die Inflationsauswirkungen geworfen. Nicht nur die Haushaltstechniker interessiert, was sich in Sachen EPSAS auf europäischer Ebene tut. Niclas Kleyling hat dazu einen Abschnitt beigesteuert. Eher schon bedrohlich wirkt Dirk Hengstenbergs Bericht zur Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU bis 2027 und zur künftigen Entwicklung der EU-Strukturfonds. Es sind wieder alle Sorgenpunkte der Haushälter bei uns versammelt. Umso mehr freuen wir uns über den stets gut gelaunten Zuwachs im Kreis der Länderautoren durch Dr. Marc Gnädinger vom hessischen Rechnungshof, der uns mit seiner Expertise zu den Gemeindefinanzen unterstützt.

Noch ein Wort zu einem finanzföderalen Dauerbrenner: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, heute Finanzkraftausgleich genannt, ist im Ausgleichsvolumen um etwa ein Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Er funktioniert mit der Präzision eines Uhrwerks, zumal bei der letzten Reform nur das Ziffernblatt erneuert wurde und nicht die Mechanik. Und wie im Vorjahr bleibt Rheinland-Pfalz in der Riege der Zahler und Nordrhein-Westfalen bei den finanzschwachen Empfängern. Etwas aussagekräftiger als der Finanzkraftvergleich ist die vergleichende Betrachtung zur verbleibenden Finanzkraft, die seit jeher Wolfgang Förster beisteuert. Da tritt dann der Gegensatz von arm und reich recht deutlich zu Tage. Er schließt seine Analyse mit dem Satz: „Über die mit Abstand größten finanziellen Spielräume verfügt trotz der verhaltenen Entwicklung im Jahr 2023 immer noch das Land Bayern, das sich im Zuge eines Normenkontrollantrags vor dem Bundesverfassungsgericht weitere Vorteile erstreiten möchte.“

Meine Damen und Herren,

ich wünsche unserer Haushaltschronik der Länder und Gemeinden auch im sechzehnten Jahr des Jahrbuchs viele aufmerksame und kritische Leserinnen und Leser.